



Notizen aus der Sitzung des Gemeinderats vom 26. September 2017

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat sich Bürgermeister Jörg Czybulka bei allen im Zusammenhang mit der **Bundestagswahl** Engagierten bedankt und die hervorragende Wahlbeteiligung von 83,98 % in der Gemeinde hervor gehoben.

Weiter hat Bürgermeister Jörg Czybulka der **Jugendfeuerwehr Schallstadt** nochmals zu ihrem tollen Erfolg mit dem 21. Platz beim Bundesentscheid in Berlin/Falkensee (Brandenburg) gratuliert und den anwesenden Jugendlichen ein kleines Präsent überreicht. Mit zwei Gruppen hatte die Jugendfeuerwehr beim Landeswettbewerb in Nürtingen teilgenommen und sich durch einen hervorragenden zweiten und dritten Platz unter allen Teilnehmern aus Baden-Württemberg für den Bundeswettbewerb in Falkensee qualifiziert. Gesamtkommandant Rainer Dittes informiert die Anwesenden über den Ablauf der Veranstaltung.



Im Rahmen der **Frageviertelstunde** haben einige Bürger dargelegt, dass man sich als Bürgerinnen und Bürger von Mengen, denen Weltoffenheit, Menschlichkeit und Gastfreundschaft sehr am Herzen liege, Sorge mache um das Bild von Mengen, das gerade angesichts des Protests gegen das geplante **Projekt „sozialer Wohnungsbau in der Zehntgasse“** in der Öffentlichkeit entstehe. Man könne gut verstehen, dass Anwohner über das Bauprojekt nicht glücklich seien, man frage sich aber, ob es sinnvoll sei, dass durch eine Online-Petition Menschen aus ganz Deutschland und noch weiter entfernt über die Zehntgasse in Mengen mitentscheiden sollen. Man nehme mit Sorge wahr, dass sowohl im Gemeindeblatt vom 1. September 2017 als auch bei Unterschriftaktionen, deren Sammelliste in der Metzgerei in Mengen ausliege, explizit gegen ein Flüchtlingswohnheim vorgegangen werde. So entstehe der Eindruck, die Mengener seien fremdenfeindlich. Deshalb ist Bürgermeister Jörg Czybulka gefragt worden, ob von der Gruppe, die die Unterschriftenaktion und die Online-Petition gestartet hat, wie angekündigt konkrete Vorschläge zur alternativen Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlinge gemacht worden seien, ob die Unterschriftenliste vorgelegt und auf Gültigkeit der Unterschriften untersucht worden seien und wenn ja, um wie viele gültige Unterschriften es sich handle, welche Folgen die Online-Petition haben könne und wie Bürgermeister Jörg Czybulka Mengen darin unterstütze, dass es nicht zu einer Spaltung zwischen den Bürgern im Dorf komme wegen dieser Angelegenheit.

Ein anderer Bürger hat stellvertretend für die Bürgerinitiative erklärt, dass es den Mengenern, die sich in dieser Sache engagiert hätten, nicht gegen den Bau eines Flüchtlingsheims gehe und es keinen politischen Hintergrund und auch nicht – wie schon von anderen Seiten zu hören gewesen sei – irgend einen rechten Hintergrund habe. Mengen sei sehr freundlich und offen. Ein sozialer Wohnungsbau in Mengen sei durchaus möglich, nur die massive Nachverdichtung auf dieser kleinen Fläche finde man nicht optimal, im Gegenteil. Es ist die Frage gestellt worden, wie viele Gemeinderäte schon vor Ort gewesen seien und sich diese Flächen angeschaut hätten und ob der Gemeinderat damit einverstanden sei zu einem Vororttermin und einem objektiven Gespräch vor Ort, wo man dann auch Alternativen besprechen könne. Es würden dort auch Vorschläge unterbreitet. Man sei nicht gegen den Bau eines Flüchtlingsheims, nur gegen die massive Nachverdichtung auf diesem Grundstück.

Bürgermeister Jörg Czybulka hat u.a. darauf verwiesen, dass das Thema nicht Gegenstand der heutigen Tagesordnung sei, da die Stellungnahme der Kommunalaufsicht bzw. die rechtliche Beurteilung noch nicht vorliege, was die mögliche Befangenheit eines Gemeinderatsmitglieds bei dem entsprechenden einstimmigen Beschluss in öffentlicher Gemeinderatsitzung vom 25. Juli 2017 betreffe. Die Betroffenen hätten sich in einer Bürgerinitiative mit seines Wissens derzeit zehn „Mitgliedern“, die durch eine Anwältin

vertreten würden, engagiert. Darüber hinaus würden Einwendungen von Angrenzern vorliegen, die nicht der Bürgerinitiative angehörten und die die Parksituation hinterfragen würden. Dies würde im Rahmen des Bauverfahrens seitens des Landratsamts geprüft. Zu den aufgeworfenen Fragen hat er mitgeteilt, dass seines Wissens bisher keine umsetzbaren Standortalternativen genannt worden seien. Unterschriftenlisten seien bisher nicht vorgelegt worden. Rechtliche Folgen habe die Petition seines Erachtens keine. Zur Frage der Unterstützung hat Bürgermeister Jörg Czybulka mitgeteilt, dass beabsichtigt sei, einen Runden Tisch anzubieten, zu dem Vertreter aller Fraktionen des Gemeinderats, die einige Mengener vertretende Rechtsanwältin, die Betroffenen und in der Bürgerinitiative Engagierten sowie die Bedenken vorgetragen habenden Angrenzer, der Architekt und Vertreter der Grundstückseigentümer eingeladen werden sollen. Der Termin sei rechtzeitig vor der nächsten Sitzung des Gemeinderats vorgesehen. Bürgermeister Jörg Czybulka hat abschließend alle gebeten, sich ein Bild davon zu machen, wo der „historische Pfarrgarten“ sei. Dieser Garten habe mit diesem Bauprojekt überhaupt nichts zu tun. Zwischen dem „historischen Pfarrgarten“ und dem vorgesehenen Baugrundstück sei sogar noch eine Mauer. Die Platzverhältnisse in der Straße seien unstrittig beengt, aber baulich sei alles gut lösbar. Weiter hat er alle gebeten, sich selbst ein Bild davon zu verschaffen, ob es sich in der Zehntgasse um eine „historische“ Mauer handle. Auch mögen sich bitte alle ein Bild des jetzt betroffenen Gartens machen. Es sei nie beabsichtigt gewesen, den Pfarrgarten einzubeziehen. Sobald die Einschätzung der Kommunalaufsicht vorliege, die rein aus formalen – nicht inhaltlichen - Gründen eine Bestätigung bzw. Wiederholung des einstimmig gefassten Beschlusses wegen einer möglichen Befangenheit generiere, würde dies auch erfolgen, alleine schon um der Sache gerecht zu werden und sich nicht irgendwelchen Vorwürfen auszusetzen. Bürgermeister Jörg Czybulka hat nochmal darum gebeten, mögliche Alternativen doch vorab einzureichen. In der Gemeinde seien derzeit 125 Flüchtlinge untergebracht, alle dezentral, im ehemaligen Gasthaus Löwen eine größere Anzahl. Bisher habe man allerbeste Erfahrungen gemacht, wenngleich es natürlich Konflikte gebe. Der Gemeinderat habe bisher entschieden, keine Container aufstellen zu wollen. Die Gemeinde müsse liefern, der Gemeinde würden regelmäßig Personen zugewiesen. Die Gemeinde habe dafür gekämpft, eine überschaubare Quote zugewiesen zu bekommen. Auf Aufrufe im Mitteilungsblatt zur Zurverfügungstellung von Wohnraum, zuletzt am 22. September 2017, seien bisher bis auf eine Rückmeldung keine Reaktionen erfolgt, dass Zimmer, Wohnraum, Häuser oder Grundstücke zur Verfügung gestellt würden.

Auf Frage aus Reihen der Bürgerschaft zu einigen **Feuerwehreinsätzen im ehemaligen Hotel Löwen** hat Bürgermeister Jörg Czybulka mitgeteilt, dass die mit der erforderlichen, neu installierten Brandmeldeanlage zu tun hätten. Durch Fehlverhalten der Bewohner sei es anfänglich vermehrt zu entsprechenden Alarmen gekommen.



Dem vom Architekturbüro ABMP Amman Burdenski Munkel Preßer GmbH & Co KG in der Sitzung vorgestellten Nutzungskonzept für das Haus A1 im Rahmen der Gestaltung der **Gemeinsamen Ortsmitte** hat der Gemeinderat einstimmig zugestimmt. Die Bauverein Breisgau eG ist beauftragt worden, auf der Grundlage des vorgestellten Nutzungskonzeptes die Baugenehmigung zu beantragen. Bürgermeister Jörg Czybulka und Architekt Munkel haben sich nochmals bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die eingebrachten konstruktiven Ideen bedankt.



Beim **Projekt Neubau Rathaus** hat der Gemeinderat einstimmig dem Architekturbüro OHO den Auftrag erteilt, den Bauantrag auf Basis der in der Sitzung vom 25. Juli 2017 vorgestellten Entwurfsplanung fertig zu stellen. Die Verwaltung ist beauftragt worden, den Bauantrag bei der Baurechtsbehörde einzureichen. Darüber hinaus hat der Gemeinderat die Verwaltung ermächtigt, Verhandlungen mit der Energiedienst AG zu führen und einen entsprechenden Vertrag abzuschließen. Ziel ist die Umsetzung des Energiekonzeptes „kalte

Nahwärme“ für den Neubau des Rathauses innerhalb dem Kostenrahmen gemäß der Auswertung der in der Sitzung aufgezeigten Angebote als Voll-Contracting.



Zum **Bebauungsplan „Gemeinsam Ortsmitte Schallstadt“** hat der Gemeinderat den Beschlussvorschlägen zu den eingegangenen Anregungen und Bedenken einstimmig zugestimmt. Der Entwurf des Bebauungsplanes „Gemeinsame Ortsmitte Schallstadt“ in der Fassung vom 26. September 2017 und der Entwurf der zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten Örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 26. Juli 2017 ist gebilligt worden und wird nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung öffentlich ausgelegt.



Im Zuge der **Ortsnetzplanung** hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen, dass die Gemeinde Schallstadt dem Zweckverband „Breitband Breisgau-Hochschwarzwald“ auf der Grundlage der Zweckverbandssatzung beitrifft. In den Haushalt 2018 ist hierzu ein Umlagebetrag von 5.000,00 Euro für eine Betriebskostenumlage einzustellen.



Bei der **Erweiterung und Sanierung der Johann-Philipp-Glock Schule mit Mensabau** hat der Gemeinderat einstimmig folgende **Auftragsvergaben** beschlossen:

Holzbauarbeiten: Der Auftragsvergabe für die Holzbauarbeiten an die Firma Steiger & Riesterer GmbH zum Bruttogesamtpreis von 250.339,50 Euro wird zugestimmt.

Fensterbauarbeiten: Der Auftragsvergabe für die Fensterarbeiten an die Firma Schwarz zum Bruttogesamtpreis von 111.285,29 Euro wird zugestimmt.

Vergabe Heizung: Der Auftragsvergabe für die Heizung an die Firma Schmid GmbH zum Bruttogesamtpreis von 32.711,98 Euro wird zugestimmt.

Sanitär: Der Auftragsvergabe für das Gewerk Sanitär an die Firma Sexauer zum Bruttogesamtpreis von 65.195,49 Euro wird zugestimmt.

Lüftung: Der Auftragsvergabe für das Gewerk Lüftung an die Firma Schies zum Bruttogesamtpreis von 28.120,10 Euro wird zugestimmt.

Aufzug: Der Auftragsvergabe für das Gewerk Aufzug an die Firma Otis zum Bruttogesamtpreis von 34.510,00 Euro wird zugestimmt.

Herr Buschmann vom beauftragten Planungsbüro ist zuvor auf einzelne Verständnisfragen zu den jeweiligen Gewerken eingegangen und hat die aktuelle Kostensituation aufgezeigt.



Der Gemeinderat hat sich einstimmig für die **Festlegung der Straßenbezeichnung „Weiermatten“ für das Neubaugebiet „Weiermatten“** ausgesprochen.



Im Zuge der **Reform des Gemeindehaushaltsrechts** steht auch in Schallstadt die Einführung der kommunalen Doppik (Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen auf doppischer Grundlage – NKHR) an. Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, im Rahmen der Umstellung auf die Kommunale Doppik (Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)) den Haushalt in folgende drei Teilhaushalte zu gliedern: Teilhaushalt 1 (Innere Verwaltung), Teilhaushalt 2 (Dienstleistungen, externe Produkte) und Teilhaushalt 3 (Allgemeine Finanzwirtschaft). Weiter hat der Gemeinderat den Verzicht auf

den Ansatz geleisteter Investitionszuschüsse in der Eröffnungsbilanz (§ 62 Abs. 6 Satz 2 GemHVO i. V. m. § 52 Abs. 3 Nr.2.2 GemHVO) einstimmig beschlossen. Entscheidungen innerhalb des Projektes "NKHR in Schallstadt", mit Ausnahme der grundlegenden dem Gemeinderat vorbehaltenden Entscheidungen (siehe Ziffer 7), werden auf den Bürgermeister übertragen.